



Welt am Sonntag Frühausgabe Samstag, 12.03.2022, Nr. 11, S. 17 / Ressort: Wirtschaft

Rubrik: WIRTSCHAFT

## Zurück auf Los

**Kein Gas, keine Energiewende. Diese einfache Formel wird von der Ökostrom-Gemeinde aktuell verdrängt. Das Erreichen der deutschen Klimaziele wird durch Putins Krieg fraglich. Jetzt muss neu gerechnet werden**

Daniel Wetzel

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat ein ausgeprägtes Gefühl für Sprache. "Tesla-Geschwindigkeit" sei in der Energiewende jetzt nötig. So lautete die neue Wortschöpfung des Grünen-Politikers vergangene Woche nach einer Krisensitzung. Da ging es um Deutschlands Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen.

Falls Habeck mit diesem Begriff seine Absicht ausdrücken wollte, Windparks und Stromtrassen aus dem Boden zu stampfen, bevor die behördliche Genehmigung vorliegt, liegt die Parallele auf der Hand: So hatte es ja Tesla-Chef Elon Musk auch gemacht, um in Brandenburg in null Komma nichts eine Autofabrik aufzustellen.

Habecks Vorgänger hätten es noch anders formuliert: "Gas geben für die Energiewende". Doch der frühere Schriftsteller Habeck ersetzte die strapazierte Metapher für Beschleunigung durch einen Begriff mit besserem Beiklang. Er weiß: "Gas geben" bezeichnet heute - wörtlich genommen - das größte Problem der Energiewende. Denn alle Planungen zur Ökostrom-Revolution basieren während einer langen Übergangsphase auf einem erheblichen Mehrverbrauch von Erdgas. Bevor die Bundesregierung also im übertragenen Sinne "Gas geben" könnte, müsste jemand in konkretem Sinne Gas geben. Physisch, abzurechnen in Euro pro Kubikmeter. Bisher ist dieser Gasgeber Russlands Präsident Wladimir Putin. Er war der heimliche Garant der Energiewende. Doch wer wird es künftig sein?

Schon ohne den Krieg ging es um gewaltige Größenordnungen. Weil die Bundesregierung Atom- und Kohleleiler abschalten lässt, bleiben nur Gaskraftwerke übrig, die Strom liefern könnten, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. Nach einer Studie der Deutschen Energieagentur (Dena) zur Energiewende müssten bis 2030 neue Gaskraftwerke mit einer Leistung von 15 Gigawatt gebaut werden. Die Denkfabrik Agora Energiewende hält einen Zubau von 19 Gigawatt für nötig. Und falls Deutschland nicht auf Stromimporte angewiesen sein wolle, müssten sogar 43 Gigawatt Gaskraft hinzukommen, rechnet die Boston Consulting Group vor.

Das heißt: Deutschland braucht in acht Jahren 20 bis 50 neue große Gaskraftwerke der 800-Megawatt-Klasse, damit die Energiewende funktioniert. Wer diese Kraftwerke bauen könnte, war schon im vergangenen Jahr unklar. Investoren wollten in diese fossile Energietechnik kein Geld mehr stecken. Nach Beginn der Zeitenwende, die Putins Krieg ausgelöst hat, dürfte der letzte potenzielle Geldgeber abgetaucht sein. Denn wo soll allein der Brennstoff herkommen, wenn die billigen Pipeline-Lieferungen aus Russland Geschichte sind? LNG, per Tanker verschifftes Flüssiggas aus den USA oder Katar, ist knapp und teuer, die Verfügbarkeit nicht garantiert.

Nach einer Analyse der Beratungsfirma Bruegel kostete es die EU in normalen Jahren zwölf Milliarden Euro, um in den Sommermonaten die Gasspeicher zu füllen. In diesem Jahr sind zu aktuellen Preisen 77 Milliarden fällig, das Sechsfache also - und niemand weiß, wann Gas wieder billiger wird.

Wer steckt eine Milliarde in ein Kraftwerk, wenn er nicht weiß, ob er bezahlbaren Brennstoff bekommt? "Es ist noch einmal deutlich schwieriger geworden, Investoren für neue Gaskraftwerke zu finden", sagt Thilo Schaefer, Leiter des Kompetenzfelds Umwelt, Energie, Infrastruktur beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW). "Die Energiewende hat spätestens jetzt ein ernstes Back-up-Problem."

Ein Problem, das von Politikern ignoriert und von Ökostrom-Lobbyisten verschwiegen wird. Simone Peter, Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE), fordert, gerade jetzt "den Turbo beim EE-Ausbau einzulegen". Auch Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) redet einer Energiewende ohne Netz und doppelten Boden das Wort: Mit Flüssiggas als Ersatz für Putins Pipeline-Lieferungen sei man ohnehin "auf dem Holzweg", sagte sie im NDR. Nötig sei aber ein "Man-on-the-Moon-Programm für den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien".

Dass man für den **Solar**- und Windkraft-Ausbau erst mal mehr Gas braucht, wird auch von der Politik ignoriert. "Lasst uns mit Lichtgeschwindigkeit in die erneuerbaren Energien sausen", empfahl der EU-Vizepräsident Frans Timmermans vergangene Woche. Dass Back-up-Kraftwerke für wind- und sonnenschwache Zeiten nur verzichtbares Beiwerk sind, glaubt selbst Christian Lindner: "Erneuerbare Energien lösen unsere Abhängigkeiten", rief der FDP-Chef im Bundestag. "Erneuerbare Energien sind unsere Freiheitsenergien."

Eine Freiheit, die Deutschlands Energieversorgung dem Diktat des Wetterberichts unterwirft. Aktuell rechnen alle Institute,

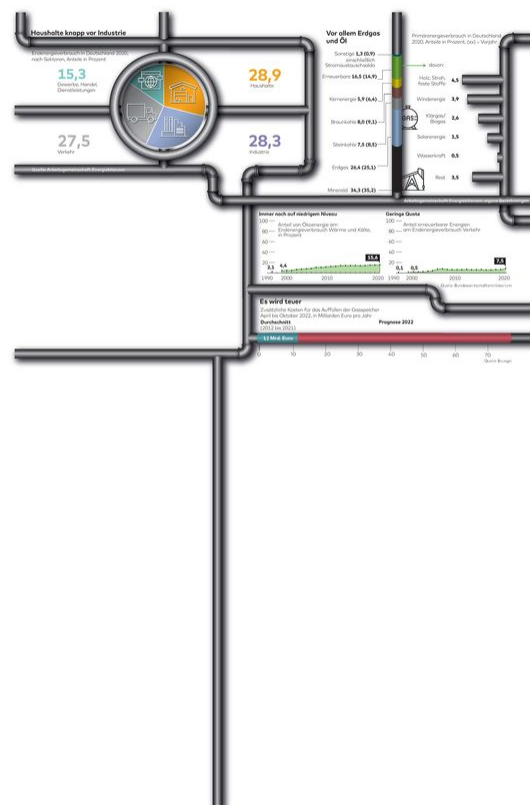
Behörden und Ministerien die Energiewende neu durch, eine schnelle Lösung hat niemand. "Über allem schwebt auf einmal wieder ein großes Fragezeichen, auch wenn an den Grundzügen der Klimaziele festgehalten wird", sagt Andreas Kuhlmann, Chef der Deutschen Energieagentur. "Wie hoch ist der Bedarf an gesicherter Leistung aus konventionellen Kraftwerken 2030 - mit und ohne einen vorgezogenen Kohleausstieg?", wollte die Unionsfraktion von der Regierung wissen. "Diese Frage wird gerade von der Bundesnetzagentur untersucht und bis zum Sommer beantwortet", heißt es in der Antwort von Patrick Graichen, dem für die Energiewende zuständigen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium.

Die Unternehmensberatung Bruegel hat untersucht, wie Europa russische Gasimporte ersetzen könnte. Größter Hebel: Gas durch Kohlestrom ersetzen. Damit aber müsste die Bundesregierung ihr Ziel eines vorgezogenen Kohleausstiegs wohl aufgeben. Eine **Solarstrom**- und Wärmepumpen-Offensive könnte nur geringe Mengen Gas ersetzen: gerade einmal 30 Terawattstunden von insgesamt 830 Terawattstunden Einsparpotenzial. Mit 120 Terawattstunden würde es viermal mehr bringen, die Atomkraftwerke länger laufen zu lassen - doch Habeck will das nicht. Windkraft-Ausbau kommt als kurzfristige Option in der Bruegel-Studie überhaupt nicht vor.

"Vielleicht können wir uns noch vier oder fünf Jahre länger mit Kohlekraftwerken durchhangeln und gehen danach direkt auf Wasserstoffbetrieb von Gaskraftwerken", spekuliert ein Regierungsberater. Ein unwahrscheinliches Szenario. Die Dena-Leitstudie geht bislang mit gutem Grund davon aus, dass erst Ende der 2030er-Jahre genug Wasserstoff verfügbar sein dürfte. Vorher ist der Bedarf der Industrie und des Verkehrs einfach zu groß.

Für die Energiewende heißt das: zurück auf Los. Das Ziel von 80 Prozent Ökostrom schon im Jahr 2030 droht an fehlenden Back-up-Kapazitäten zu scheitern. Es scheint, als rächte sich jetzt die Entscheidung der Merkel-Ära, Kohle- und Atomkraftwerke abzuschalten, obwohl noch kein erneuerbarer Ersatz bereitstand - von Speichern und Verteilernetzen ganz zu schweigen. Die durch den Russland-Krieg ausgelöste Zwangspause könnte aber die Chance eröffnen, die politischen Fehlplanungen der Energiewende zu korrigieren. Schon mit dem Gas aus Russland, war der ursprüngliche Fahrplan kaum einzuhalten. Jetzt endlich könnte man sich ehrlich machen.

Daniel Wetzel



|                        |  |
|------------------------|--|
| <b>Quelle:</b>         | Welt am Sonntag Frühausgabe Samstag, 12.03.2022, Nr. 11, S. 17 |
| <b>Ressort:</b>        | Wirtschaft   |
| <b>Rubrik:</b>         | WIRTSCHAFT   |
| <b>Dokumentnummer:</b> | 198186468  |

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/WAMS\\_54e854faa623fcb04acd542d42bff4d55162313c](https://www.wiso-net.de/document/WAMS_54e854faa623fcb04acd542d42bff4d55162313c)

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH



© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH